

AL² Info ~~17~~

2 Gaga-Haustausch für Dada:
Warum die AL den Idealen der Bewegung näher kommt als die BefürworterInnen des Liegenschaften-Tauschs

3 Unmenschliche Bedingungen:
Manuela Schiller erklärt im Interview, was die neue Praxis für abgewiesene AsylbewerberInnen bedeutet

6 Privatisiertes Gesundheitswesen mit Staatsgarantie? Nicht mit uns!
Die AL sagt mit einem breiten Bündnis: 2xNein!

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Die AL: der Stachel von links

Wen es in die Politik verschlägt, der oder die will sich einbringen, mitreden, mitdenken, sich äussern, die Weichen stellen. Kurzum: mitbestimmen, was im direkten oder weiteren Umfeld passiert. Viele engagieren sich in ausserparlamentarischen Gruppen oder diskutieren politische Themen am Familientisch oder im Freundeskreis.

Mitgestaltung auf unterschiedliche Weise

Die Parteipolitik bietet Möglichkeiten zur konkreten Intervention: Sei es als mitdiskutierendE AL-SympathisantIn an der Vollversammlung, als WählerIn der diversen AL-VertreterInnen oder als aktive HelferIn, die Flyer verteilt und Unterschriften sammelt. SchulpflegerInnen haben an den Schulen Einblick, wie Bildung heute vermittelt wird; Gemeinde- und Kantonsräte nehmen mittels Vorstössen einen direkten Einfluss auf die Politik und ein Stadtrat gestaltet das Stadtleben massgeblich mit.

Die AL interveniert und zeigt Präsenz

Doch auf welchen Werten beruht die Politik der AL? Die Welt und auch die Schweiz sind kälter und rauer geworden. Manch eineN fröstelt... Die Ideen und Programme der Trumps, Orbans und Le Pens beflügeln die Köpfe und Ruts.

Die seit Jahren von den Rechten bevorzugte und angewandte Terminologie, die sich gegen Minderheiten und Andersdenkende richtet, trägt Früchte. Die Angst um den Verlust des eigenen Wohlstandes und die damit verbundene Missgunst haben weite Teile unserer Gesellschaft erreicht. Fremdenfeindliche Töne sind aus der Sprache leider nicht mehr wegzudenken. Wer sich nicht an-

passt, stört. Wer im System nicht funktioniert, fällt auf.

Die AL wehrt sich gegen den Werteverfall. Die AL lehnt sich auf und bleibt standhaft. Die AL interveniert und zeigt Präsenz!

Teilhabe für alle statt Ausgrenzung

Deshalb sind die Gemeinde- und Stadtratswahlen 2018 wichtig. Unsere ParlamentarierInnen, SchulpflegerInnen und auch unser Stadtrat leisten einen riesigen Einsatz. Wir wollen mindestens unsere neun Sitze im Zürcher Stadtparlament und den Sitz im Stadtrat erhalten. Eine rot-grüne Mehrheit im Gemeinderat ist entscheidend, damit wir die Politik der Stadt Zürich in den nächsten vier Jahren massgeblich beeinflussen können: gemeinnütziger Wohnungsbau,

gesundheitliche Grundversorgung, qualitative Tagesschulen, intelligente Finanzpolitik, Teilhabe für alle, Integration statt Ausgrenzung! Wir wollen mittels Referenden und Initiativen Sachverhalte korrigieren und Neues anstossen. Dafür brauchen wir Menschen wie Dich! Interessierte und engagierte Personen, die in irgendeiner Form mitdenken, mitreden, Inhalte einbringen und aktiv mitmachen wollen, um unsere Ziele zu erreichen. Personen, die andere von der AL überzeugen, während der heissen Wahlkampf-Phase Flyer verteilen und an Standaktionen präsent sind.

Die AL ist eine Partei, in der sich alle einbringen können. Wir sind agil, reagieren schnell und bleiben weiterhin der Stachel von links!

Isabel Maiorano, Vorstand

Die AL zu Asyl-Ghettos:



AL²
Alternative Liste
al-zh.ch

Unbestechlich, unbequem, links.

Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 21. Mai

BUND

Energiegesetz **JA**

KANTON ZÜRICH

Gesetz über die Kantonsspital Winterthur AG **NEIN**

Gesetz über die integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland AG **NEIN**

Kantonale Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule» **NEIN**

STADT ZÜRICH

«Grünstadt-Initiative» **JA**

Wohnbauaktion 2017 **JA**

Verein Tanzhaus Zürich, jährliche Beiträge **JA**

Finanzen

Politische Arbeit kostet Geld. Und bei der AL kommt dieses nicht von Grosskonzernen, sondern von Sympathisantinnen und Sympathisanten.

Für Spenden bitte folgende Kontoverbindung verwenden:

Kto.: 87-63811-5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5
Herzlichen Dank!

Termine

Freitag, 29. April bis Montag, 1. Mai

AL-Politveranstaltungen, Essensstand und Kundgebung – Programm siehe Seite 4 dieser Ausgabe

Dienstag, 30. Mai, 19 Uhr,

«Hellmi», Hohlstrasse 86c

AL-Mitgliederversammlung (städtisch und kantonal)

Dienstag, 27. Juni, 19 Uhr,

«Hellmi», Hohlstrasse 86c

Städtische AL-Vollversammlung

Impressum

Redaktion: Niklaus Scherr, Attilio Stoppa, Markus Gafner, Yvonne Lieberherr

Layout: Yvonne Lieberherr, Markus Gafner

Erscheint: 6-mal jährlich

Auflage/Druck: 2200 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

Sekretariat: Alternative Liste (AL)
Molkenstrasse 21, 8004 Zürich
www.al-zh.ch, sekretariat@al-zh.ch,
044 242 19 45

Gaga-Haustausch für Dada

Mischa Schiowow blickt auf die Cabaret-Voltaire-Debatte im Gemeinderat zurück. Die AL hat gegen den skandalösen Liegenschafts-Tausch das Referendum ergriffen.

Dada-Haus-Direktor Adrian Notz erklärte am 8. März unumwunden in einem Tages-Anzeiger-Interview: «Der Stadtrat sagt, er wolle die Zukunft des Cabaret Voltaire sichern. Was er mit der Liegenschaft vorhat, ist aber unklar. Diese steht bereits unter Denkmalschutz, auch die aktuelle Besitzerin Swiss Life könnte kein anderes Haus hinstellen».

Des Direktors grosses Anliegen am Tag der Debatte im Gemeinderat war eine Erhöhung des Betriebsbeitrags an den Trägerverein. Doch genau dieser wurde – gegen die Stimmen der AL – von der unheiligen Allianz der selbsterklärten Dada-Verfechter bestehend aus SP, GLP und FDP prompt von 150'000 Franken auf 100'000 Franken gekürzt.

AL-Gemeinderätin Rosa Maino wies in der Eintretensdebatte zu Recht auf die falschen Prämissen hin, unter welchen eine legitime kulturpolitische Vorlage mit Liegenschafts- und Stadtentwicklungspolitik verknüpft wurde: «Für den Erwerb des Objet du désir bietet die Stadt ein Geschäfts- und Wohnhaus an der Rämistrasse plus ein seit Jahren defizitär bewirtschaftetes Grundstück an bester

Lage im Seefeld. Ihrerseits kriegt sie von der Swiss Life zusätzlich eine bedeutungslose Wohnliegenschaft in der Enge, muss als Tauschzahlung aber dennoch eine halbe Million aufwerfen.

Aus dem Schacher resultiert für die Stadt ein Buchgewinn von knapp 5 Millionen Franken, wovon wiederum 2 Millionen abgeschrieben werden sollen, um so den Mietzins für den Trägerverein Cabaret Voltaire jährlich um 100'000 Fr. zu senken.»

Auf den traurigen Tiefpunkt brachte es Corine Mauch. Geht es nach der Stadtpräsidentin, muss die Stadt Zürich die Geburtsstätte der Dada-Bewegung um jeden Preis in ihren Besitz bringen, weil sie die einzige Kunstbewegung ist, die ihren Anfang in Zürich nahm, was wohl auch der Standort- und Tourismuspflege nicht abträglich sein kann. Kulturförderung ist hier – zumindest teilweise – zum Deckmäntelchen geworden und entfernt sich meilenweit vom Credo der Dadaisten und ihrer Revolte gegen gesellschaftliche und künstlerische Normen. Vom Kommissionssprecher zwar als verantwortungslos abgetan, war es letztlich am ehesten die Forderung der AL, die Swiss Life solle dem Cabaret Voltaire die Miete zum Nulltarif überlassen, die den Idealen dieser Bewegung irgendwie gerecht wurde.

Mischa Schiowow, Gemeinderat

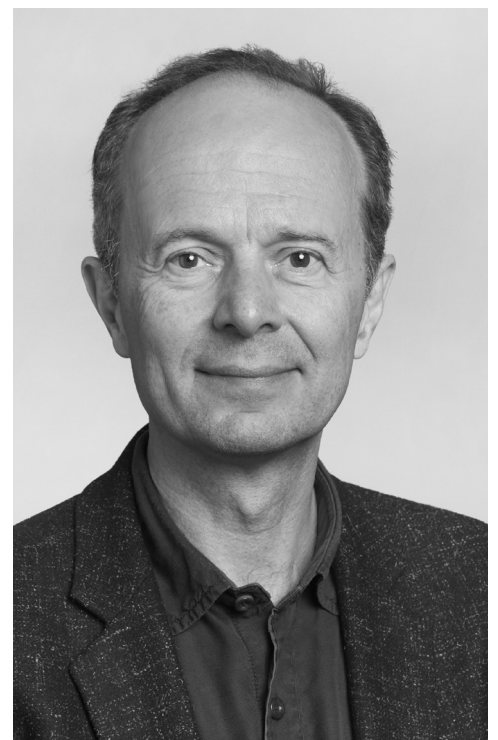
Richard Wolff wieder in den Stadtrat

«Ich kandidiere wieder. Am 4. März 2018 könnt Ihr mich wieder auf den Wahlzettel für den Stadtrat schreiben. Das wäre wunderbar. Am 9. Februar 2017 hat mir die Vollversammlung (VV) der AL ihre Unterstützung ausgesprochen. Das hat mich sehr gefreut, und ich möchte mich hier auch noch einmal bei allen dafür bedanken.

Dass die AL im Stadtrat vertreten ist, ist per Saldo ein Gewinn. Die Präsenz im Stadtrat verhilft der AL zu mehr Aufmerksamkeit und Präsenz in den Medien. Das trägt wohl auch dazu bei, dass wir im Gemeinderat und im Kantonsrat mehr Sitze geholt haben.

Insgesamt hat die AL mehr Einfluss auf die Politik in der Stadt Zürich, für eine gerechtere Stadtentwicklung, für mehr gemeinnützigen Wohnungsbau oder auch für eine hochstehende Kinderbetreuung und Schulpolitik. Der Wahlkampf hat schon begonnen. Wohlan denn! Lasst uns kämpfen.»

Richard Wolff, Stadtrat



«Ich habe selten eine so pragmatische Zusammenarbeit erlebt»

Die Rechtsanwältin und AL-Aktivistin Manuela Schiller engagiert sich für abgewiesene Asylbewerber*innen. Im Interview spricht sie über die Situation im Kanton Zürich und die Zusammenarbeit der verschiedenen solidarischen Organisationen.



Manuela Schiller

Manuela, bei der Kritik an der Asylpolitik steht meistens Abschottung und Ausgrenzung im Zentrum. Nun sind im Kanton Zürich «Eingrenzungen» das grosse Thema. Worum geht es?

Seit letztem

Sommer werden Eingrenzungen im Kanton Zürich fast flächendeckend für abgewiesene Asylbewerber*innen, die in Notunterkünften leben, verfügt. Man verbietet den Menschen, das Gemeinde- oder Bezirksgebiet ihrer Notunterkunft (NUK) zu verlassen. Die betroffene Person muss sich Tag und Nacht dort aufhalten, innerhalb der Grenzen einkaufen oder spazieren gehen. Die Notunterkünfte befinden sich oft an abgelegenen Orten am Rande einer Gemeinde, wo die Verkehrswege häufig über anderes Gemeindegebiet führen. Wer zum Beispiel von der NUK Rohr aus, die zu Glattbrugg gehört, aber an der Grenze zu Rümlang liegt, die Glattalbahn benutzen will, betritt anderes Gemeindegebiet und verstösst somit gegen die Eingrenzung.

Was ist das Ziel der Behörden?

Man will die Leute so zermürben und gesellschaftlich isolieren, dass sie die Schweiz verlassen. Aus Sicht des Staates macht das Sinn. In einem juristischen Verfahren haben die Behörden entschieden, dass es für die betroffene Person zumutbar ist, in ihr Heimatland zurückzukehren. Die Gründe, trotzdem nicht zurückzukehren, sind jedoch vielfältig.

Wie sieht das Leben einer Person mit negativem Asylbescheid aus?

Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe, aber auf Nothilfe. Der Kanton garantiert Unterkunft und regelt die Gesundheitsvorsorge. Für Essen, Kleider etc. gibt es einen Betrag von 8.50 Franken pro Tag. Das behördliche Vorgehen in diesem Bereich wurde sukzessive strenger. Seit Februar müssen sich die Leute

zweimal täglich melden, um die Nothilfe zu erhalten. Diese Praxis verunmöglicht ein soziales Leben. Die Leute sind nun an ihre NUK gebunden. Sie können viele Angebote von solidarischen Organisationen nicht mehr nutzen: Deutschkurse, Kirchen- oder Moscheebesuche werden verunmöglicht.

Ein breites Bündnis von Organisationen setzt sich für die abgewiesenen Asylbewerber*innen ein. Wie verläuft die Zusammenarbeit?

Sie ist hervorragend, etwas vom Schönsten, was ich in den letzten Jahren innerhalb der Linken erlebt habe. Alle arbeiten zielorientiert und nicht ideologisch. Es wird nach den Bedürfnissen der Betroffenen gefragt und nicht über sie hinweg entschieden. Ich empfinde dieses Engagement als militant – in der Praxis, nicht im Wort.

Die Eingrenzungen waren eine sehr plötzlich auftretende Herausforderung.

Ja, und die Leute haben schnell und richtig darauf reagiert. Es wurden Besuchsrunden gebildet, welche die Notunterkünfte aufsuchten. Wir haben Musterbeschwerden geschrieben, Anwält*innen vermittelt und vieles mehr.

Wie sieht die Organisation konkret aus?

Bei grossen Sitzungen kommen schon mal 40 Personen zusammen, es gibt «Inseln», wo u.a. ins Arabische oder Englische übersetzt wird. Ich habe noch selten engagierte Kreise so breit und differenziert diskutieren gesehen. Auch versuchen Gruppen oft, politischen Profit aus ihrem Engagement zu schlagen. Das ist hier komplett anders. Es wird auch mal auf eine Demo oder eine öffentliche Kampagne verzichtet, wenn ein anderer Weg zielführender erscheint.

Wie soll sich der Kanton Zürich bezüglich der abgewiesenen Asylbewerber*innen verhalten?

Der Kanton Genf macht für Sanspapiers eine grosse Regularisierungsaktion, das sollte Zürich auch in Betracht ziehen. Zudem hat der Kanton einen gewissen Handlungsspielraum, etwa bei der Auslegung der Härtefallregelung. Diesen nutzt er leider nicht im Sinne einer wenigstens etwas humaneren Asylpolitik – im Gegenteil.

Interview: Markus Gafner

Komplettes Gespräch auf al-zh.ch

AL Buchtipp

Yvonne Lieberherr empfiehlt:



Ilija Trojanow
DER
ÜBERFLÜSSIGE
MENSCH

dtv

Ilija Trojanow: Der überflüssige Mensch. dtv, 2015. ISBN 978-3-423-34854-6

«Nichts für schwache Nerven» warnt der Umschlag. Und so ist es denn auch. Ein Essay, das nach dem Wert

des Menschen neben Kaufkraft und Produktion fragt. Unverblümt, zynisch, bisweilen plakativ, macht sich der Autor an die unbequemen, grossen Fragen, die damit verbunden sind. Trojanow handelt wachsende Ungleichheit und die Folgen einer automatisierten Wirtschaft ebenso ab wie ein erstaunlich ruhig gehaltenes Prekariat. Er greift Analysten-befüllte Wahrheiten kapitalistischen Denkens auf, die einer genaueren Betrachtung womöglich nicht standhalten. Ein Buch empfehlen, das in seinen Analogien auf den Magen schlägt, ein Pamphlet in lauten Tönen, das uns davor warnt, was der Mensch dem Menschen sein kann? Die ersten Kapitel fordern Geduld, dann fügt sich in diesem kurzen, 100-seitigen Essay ein Ganzes, das Stoff liefert, nachzudenken, nachzuhaken.



Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. dtv, 1998. ISBN 978-3-423-30657-7

Die lange, kurze Geschichte des 20. Jahrhunderts, erzählt und in Perspektive gerückt

von einem, der es wissen muss. Als Zeitzeuge (1917-2012) und Historiker, der unter anderem in Wien, Berlin und London lehrte, handelt Hobsbawm die Ereignisse in thematischen Strängen ab, fragt nach den Zusammenhängen und schlüsselt die prägenden Dynamiken dieses umbruchreichen Jahrhunderts auf – ohne dabei die grundlegenden Fakten zu vernachlässigen. Für Spätgeborene ein wertvolles Stück erzählte Geschichte, das uns wie kein anderes die Intensität dieses vergangenen Jahrhunderts näherbringt. Für andere eines, das ihnen Abgleich sein mag für eigene Erfahrung, angereichert mit einem Schatz an Wissen, der wohl seinesgleichen sucht. Ein Buch gegen das Vergessen, was war. «Keine Peanuts», um es mal simpel zu halten.

Die AL am 1. Mai: «... Das volle Programm!»

Politprogramm

«Fettere Brocken oder Game over?» Vom Umgang mit Raubsteuergeld. Veranstaltung im Rahmen von «Crash-KursMarxismus»

Samstag, 29. April, 15h, Walcheturm
Niggi Scherr informiert über Perspektiven nach dem Nein zur USR III

Veranstaltung im Anschluss zur Filmvorführung «Geständnisse in Mamak»
Sonntag, 30. April, Filmstart 20h, Walcheturm

Ezgi Akyol, Zürcher AL-Gemeinderätin mit türkischen Wurzeln, schlägt einen Bogen vom Film, der die Ereignisse rund um den «Mamak-Prozess» 1988 in der Türkei aufarbeitet, zur Gegenwart

Polizeikessel gestern und heute

Montag, 1. Mai, 16h, Walcheturm
Christina Schiller erläutert, wie Polizeikessel gestern und heute funktionieren

Bundesasylzentrum in Zürich: Wie wollen wir Geflüchtete bei uns willkommen heissen?

Montag, 1. Mai, 16-17h30, Walcheturm
Ezgi Akyol wirft einen kritischen Blick auf das geplante Bundesasylzentrum in Zürich

Essensstand

Die AL ist am 1. Mai-Fest mit einem Essensstand mit von der Partie. Grill, Kuchen, Platz für gute Gespräche und eine Plache über dem Kopf, falls es ausnahmsweise einmal regnen sollte – schau vorbei, wir freuen uns!

Kundgebung

Heisser Kaffee, guter Sound und Fahnen – die AL zieht an der 1. Mai-Kundgebung mit. Schliess dich an, wir besammeln uns um 9h30 beim Brunnen auf dem Helvetiaplatz

Mitmachen?

Kuchen bringen, dich hinter den Grill stellen, guten Sound oder eine alte Gitarre beisteuern – der Möglichkeiten sind viele. Wir freuen uns auf Ideen, Unterstützung und Tatendrang. Und natürlich auch einfach auf euren Besuch. Interessierte Helfende melden sich bitte unter sekretariat@al-zh.ch

1. Mai: Polizeikessel – Geschichte und Gegenwart

«FCZ-Fans eingekesselt», «100 Personen kontrolliert» (Frauendemo 8. März) – Schlagzeilen, die schon fast zu unserem Alltag gehören. Sind Einkesselungsaktionen das neue Allheilmittel der Zürcher Polizei? An einer AL-Veranstaltung am 1. Mai gehe ich der Frage auf den Grund.

Gemeinsam mit den Anwesenden werde ich in die Akten und ins Videomaterial zweier Kessel schauen und in die Archive einsteigen. Wie ist diese Einsatztaktik überhaupt entstanden, wie hat sie sich weiterentwickelt? Wie bereitet sich die Polizei vor, welche Mittel werden eingesetzt, was passiert mit den Eingekesselten, wie funktioniert die Haftstrasse, wo landen die erhobenen Daten?

Offene und geschlossene Kessel

Als Polizeikessel bezeichne ich die vollständige Einkesselung einer grösseren oder kleineren Gruppe von Menschen (meistens Demonstrant*innen oder Fussballfans). Dabei ist zu unterscheiden zwischen einem offenen und einem geschlossenen Polizeikessel. Offen ist ein Kessel, wenn die Polizei an einem von ihr bestimmten «Checkpoint» die Leute rauslässt. Bei einem geschlossenen Kessel müssen die Eingeschlossenen ausharren, bis die Polizei entscheidet, wie es weitergeht.

Es gibt drei Grundzenarien. Manchmal löst die Polizei nach einer gewissen Zeit ihren Kessel auf und lässt die Personen unkontrolliert weiterziehen. In anderen Fällen werden die Personalien vor Ort erfasst (mit oder ohne Fotoaufnahmen), bevor die Leute den Kessel verlassen dürfen. Manchmal aber werden die eingekesselten Personen vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen.

Die Rolle des Gesamteinsatzleiters

Es stellt sich die Frage, wer denn überhaupt entscheidet, ob und welche Art von Kessel eingesetzt wird. In seiner Antwort zur Schriftlichen Anfrage von AL-Gemeinderat Andreas Kirstein (GR 2015/60) erklärt der Stadtrat, dass ein offener Kessel gewählt wird, wenn vorgängig keine Straftaten – insbesondere keine Vergehen – verübt worden sind und die Gefahrenabwehr im Fokus steht. An meiner Veranstaltung am 1. Mai werde ich anhand von zwei Beispielen aufzeigen, dass es in Realität komplizierter ist. Der Entscheid hängt einerseits vom Einsatzbefehl des Kommandos ab, der aufgrund einer vorgängigen Gesamtanalyse ergeht. Andererseits ist ausschlaggebend, welcher

Polizeioffizier an diesem Tag Gesamteinsatzleiter (GEL) ist.

Wer entscheidet über die Einsatzmittel?

Welche Mittel eingesetzt werden, ist ein Thema für sich. Im Einsatzbefehl des Kommandos und im Dienstbefehl werden die Aufgaben der einzelnen Ordnungsdienst-Züge (Wasserwerfer, Filmteams etc.) minutiös festgehalten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben dürfen / müssen die vorhandenen Mittel eingesetzt werden. In Frage kommen Tränengas, Gummischrot, Gitterfahrzeuge etc. Wann und wie diese Mittel eingesetzt werden können, lernen die Polizist*innen in ihren Ausbildungen. Im jeweiligen Einsatzbefehl sind die Voraussetzungen für den Einsatz in allgemeiner Form nochmals aufgeführt. Den konkreten Einsatz befahlen die Zugführer und die Wasserwerfer-Kommandanten vor Ort in der Regel selbstständig.

Die Haftstrasse

Wenn sich die Polizei entscheidet, die Eingekesselten vorübergehend in Polizeigewahrsam zu nehmen, werden diese in der Regel in die Haftstrasse überführt. Diese befindet sich seit vielen Jahren auf dem Kasernenareal und wird von der Kantonspolizei geführt. In einigen Jahren werden wir in der Stadt Zürich voraussichtlich sogar mit zwei Haftstrassen beglückt sein. Die Kantonspolizei wird ihre Haftstrasse ins Polizei- und Justizzentrum (PJZ) verlegen, die Stadtpolizei will neu eine eigene Haftstrasse im geplanten Neubau der Kriminalabteilung am Mühleweg im Kreis 5 einrichten.

Mehr Transparenz über das Handeln der Polizei

Wie die Haftstrasse konkret funktioniert, werde ich ebenfalls am 1. Mai erläutern. Ich werde anhand zweier Beispiele aufzeigen, wer welche Befehle und Entscheidungen getroffen hat, welche Ordnungsdienst-Züge im Einsatz waren und was für Aufgaben ihnen zugeteilt wurden. Ziel der Veranstaltung ist es, mehr Transparenz über das Handeln der Polizei herzustellen.

Christina Schiller, AL-Gemeinderätin

Wie weiter nach dem USR III-Nein?

Die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III ist überwältigend deutlich ausgefallen. Im Kanton Zürich hat der NEIN-Anteil gegenüber der USR-II-Abstimmung von 2008 vor allem in den SVP-Hochburgen massiv dazugewonnen. Zurzeit wird hinter den Kulissen über eine Neuauflage diskutiert. Das Ding heisst nicht USR IV, sondern «Steuervorlage 17» – man will offenkundig unangenehme Assoziationen vermeiden... Was für Forderungen ergeben sich aus linker Sicht?

Forschungsabzug und zinsbereinigte Gewinnsteuer müssen weg

Drei Korrekturen drängen sich auf:

1. Patentbox: engere Begriffsumschreibung (keine Software-Lizenzen), deutlich geringerer Reduktionssatz als die 90 Prozent der USR III sowie die Verpflichtung, die eingesparten Mittel in eine zweckgebundene Rückstellung für Forschung und Entwicklung einzulegen;
2. Kein 150-Prozent-Abzug für Forschung und Entwicklung, der neben der Patentbox keinen Platz hat;
3. Streichung der zinsbereinigten Gewinnsteuer, um eine kostenträchtige Reise ins Unbekannte zu vermeiden.

Keine Neuauflage ohne substanzielle Gegenfinanzierung

Unabdingbar ist eine substanzielle Gegenfinanzierung. Konsequenz wäre die überfällige Einführung einer Kapitalgewinnsteuer, wie sie alle europäischen Länder kennen und wie sie ursprünglich auch der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Sie würde in Bund und Kantonen rund 1 Milliarde Franken Einnahmen einspielen. Leider hat dieser Vorschlag realpolitisch kaum Chancen. Zur Gegenfinanzierung müssen damit primär frühere Massnahmen aus den Unternehmenssteuerreformen I und II korrigiert werden.

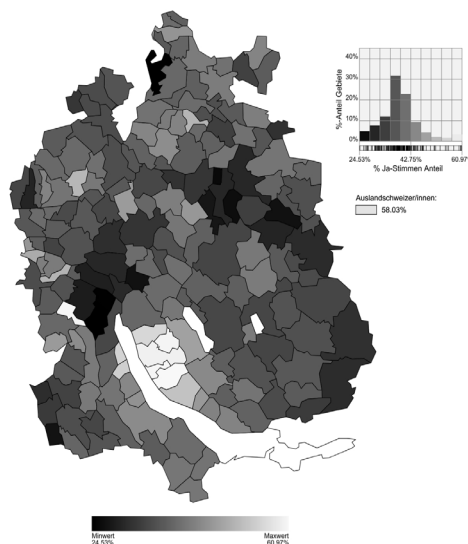
Reduktion des Steuerrabatts auf Dividenden...

Im Rahmen der USR II haben Bund und Kantone 2008 für Aktionäre mit grösseren Beteiligungen eine reduzierte Besteuerung von Gewinnausschüttungen (Bund: 60 Prozent, Kantone: in der Regel 50 Prozent) eingeführt. Diese Teilbesteuerung muss abgeschafft oder zumindest auf 80 Prozent erhöht werden. Bei einer Abschaffung kämen bei Bund und Kantonen 1.1 – 1.2 Milliarden, bei einer Erhöhung auf 80 Prozent 600 – 700 Millionen Franken zusammen. In der Vernehmlassung zur USR III haben 21 Kantone eine Höher-

besteuerung befürwortet, 10 davon sogar eine Anhebung von 50 auf 80 Prozent. Sogar NZZ-Steuerspezialist Hansueli Schöchli erachtet eine Erhöhung auf 65 – 70 Prozent als durchaus vertretbar, auch KPMG-Analysen kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Verteidigt wird dieser Rabatt mit Zähnen und Klauen vom Gewerbeverband unter Hinweis auf die «wirtschaftliche Doppelbelastung» der Unternehmensgewinne (erst Gewinnsteuer in der Firma, dann Einkommenssteuer beim Aktionär). Ein klassisches Lobbyisten-Märli! Unser Steuerrecht ist voll von Mehrfachbelastungen. Bevor wir auf Lohn oder Rente Einkommensteuern zahlen, liefern wir als Konsumenten 8 Prozent Mehrwertsteuer ab, sooft wir damit Waren einkaufen. Wenn wir rauchen, zusätzlich noch Tabaksteuer, als Grappa-Trinker Alkoholsteuer, als Autofahrer Mineralölsteuer. Haben Bigler & Co je gefordert, dass wir diese Konsumsteuern auf unserer Steuererklärung abziehen können?

USR III - Resultat Kanton Zürich



Nicht nur in den Städten, auch in den SVP-geprägten ländlichen Gebieten des Kantons, stiess die USR III auf breite Ablehnung

Quelle: <http://www.statistik.zh.ch>

... und Beschränkung steuerfreier Gewinnausschüttungen

Mit der USR II wurde 2008 die Möglichkeit geschaffen, statt Teile des Unternehmensgewinns als steuerbare Dividende auszuschütten, den gleichen Betrag aus Aufgeldern (Agiros) von früheren Aktienkapitalerhöhungen (sog. Kapitaleinlagere-

serven) steuerfrei «zurückzuzahlen». Seit 2011 entgehen Bund und Kantone damit jährlich gut 1 Milliarde Franken Steuern. Hier kann und muss nachgebessert werden: Kapitaleinlagereserven dürfen erst steuerfrei zurückerstattet werden, wenn zuvor alle nach OR auszahlbaren Gewinnreserven einschliesslich des Jahresgewinns ausgeschüttet worden sind. Eine entsprechende Motion hat der Nationalrat im Dezember 2011 nur hauchdünn abgelehnt. Mit dieser Korrektur lässt sich unter anderem verhindern, dass UBS und Credit Suisse, die während Jahren keine Gewinnsteuern entrichtet haben und über Kapitaleinlagereserven von 35 respektive 23 Milliarden Franken verfügen, in den nächsten fünf bis zehn Jahren steuerfreie Dividenden ausschütten.

Noch ein weiteres Steuerschlupfloch gehört gestopft: die mit der USR I 1998 eingeführte Steuerbefreiung von Kapitalgewinnen beim Verkauf von wesentlichen Beteiligungen. Ein Beispiel: 2008 und 2010 verkaufte Nestlé ihre Mehrheitsbeteiligung an der Alcon Inc., dem Weltmarktführer für Augenkrankheiten, an Novartis. Auf dem dabei realisierten Nettogewinn von über 40 Milliarden Franken musste der Grosskonzern keinen Rappen Steuern entrichten, allein dem Bund gingen rund 3.5 Milliarden Franken Einnahmen durch die Lappen. Dieses Steuerprivileg dürfte künftig auch von der OECD nicht mehr geschluckt werden.

Die politisch-ethische Grundfrage

Bei der Steuervorlage 17 stellt sich für die Linke in politisch-ethischer Hinsicht die gleiche Frage wie bei der USR III: Wollen wir reinen Tisch machen und unhaltbare Steuerprivilegien beseitigen, um uns als Teil der internationalen Gemeinschaft für gerechtere Steuerverhältnisse einzusetzen, nicht zuletzt zugunsten der Entwicklungsländer, die am meisten von Gewinnverschiebungen geschädigt werden? Oder wollen wir die alten Privilegien durch neue ersetzen und damit die alte «Beggary-Neighbour»-Politik in neuer Verpackung fortsetzen?

Niklaus Scherr

Nein zur Privatisierung des Kantonsspitals und der Psychiatrie

Am 21. Mai stimmen wir im Kanton Zürich über die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur (ipw) ab. Die Alternative Liste hat zusammen mit SP und Grünen das Referendum ergriffen und sagt zweimal Nein.

Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, für eine gute, ausreichende, wirtschaftliche und allen zugängliche Gesundheitsversorgung im stationären Bereich (Spital und Psychiatrie) zu sorgen. Das Spitalplanungsgesetz verpflichtet heute den Kanton Zürich im Grundsatz dazu, die notwendige Spitalversorgung sicherzustellen. Dieser Aufgabe kann der Kanton aber nur dann nachkommen, wenn er auch selbst Betreiber der wichtigsten Spitäler und Psychiatrien ist. Und dem ist bis heute auch so, denn der Kanton besitzt mit dem Universitätsspital Zürich (USZ) und dem KSW die zwei grössten Spitäler im Kanton Zürich. Das KSW ist der wichtigste Grundversorger der Bevölkerung im nördlichen Teil des Kantons. Dasselbe gilt auch für die Psychiatrie: Die Psychiatrische Universitätsklinik und die ipw sind hier die wichtigsten Grundversorger.

Auch die übrigen Spitäler, die für eine gute und flächendeckende Grundversorgung der kantonalen Bevölkerung sorgen, sind im Besitz der öffentlichen Hand, entweder als Zweckverband, wie beispielsweise das Spital Limmattal oder als

Teil der kommunalen Verwaltung wie das Triemli- und das Waidspital der Stadt Zürich. Einige wenige Spitäler sind schon seit langer Zeit als gemeinnützige Stiftung organisiert: Zu nennen wäre hier das Kinderspital.

Dass private, gewinnorientierte Spitäler eine allen offenstehende, ausreichende und wirtschaftliche Grundversorgung nicht gewährleisten können und auch nicht wollen, zeigt das Beispiel der Hirslanden-Klinik. Sie befindet sich zwar auf der Spitalliste, aber behandelt nach wie vor fast ausschliesslich gewinnbringende privatversicherte Kunden. Trotz freier Spitalwahl verzeichnete Hirslanden im vergangenen Jahr weniger als 25 Prozent grundversicherte Patientinnen und Patienten. Oder anders gesagt: Das Privatspital trägt kaum was zur Grundversorgung der Allgemeinversicherten bei.

Wollen wir, dass weitere Spitäler in die Hand privater Investoren geraten? Das KSW arbeitet heute effizient und selbsttragend. Es ist das zweitgrösste Spital im Kanton und weit über die Region Winterthur hinaus hervorragend verankert. Keine Frage: das KSW wäre für jeden Investor eine lukrative Geldanlage. Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich private deutsche Spitalketten ernsthaft für das KSW interessieren! Und es ist auch ein offenes Geheimnis, dass sich in der Schweiz nur mit den Zusatzversicherten richtig Geld verdienen lässt.

Nun argumentieren die Befürworter der Vorlage, dass es sich lediglich um eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und nicht um eine Privatisierung handle. Mit diesem Argument hätten sie sogar Recht, wenn nicht in der Vorlage stünde, dass der Regierungsrat seine Aktien nach fünf Jahren verkaufen kann. Die Regierung hat sich denn auch immer dahingehend geäussert, dass sie das KSW und die ipw abstossen möchte. Sie sprach von einer «Entkantonalisierung» und meinte ganz offensichtlich eine Privatisierung. Denn die Regierung argumentierte bisweilen auch mit dem sogenannten Rollenkonflikt zwischen Regulator im Spitalwesen und Besitzer eines Spitals. Dies ist beim staatlichen Handeln aber keineswegs unüblich (wie bspw. in der Stromversorgung) und stellt generell auch kein Problem dar.

Aber noch ein weiterer Punkt ist sehr bedenklich: Das KSW und auch die ipw sind für die Gesundheitsversorgung der Zürcher Bevölkerung unerlässlich. Keine andere Institution könnte in die Bresche springen. Dies bedeutet nichts anderes, als dass eine private KSW AG über eine faktische Staatsgarantie verfügen würde. Im Krisenfall müsste der Steuerzahler für die Fehlentscheide des Managements des privatisierten Spitals aufkommen, damit die Spitalversorgung aufrechterhalten werden kann.

Kaspar Bütikofer, Kantonsrat

Auslagerung der Physio in eine AG im «Limmi»?

Das Spital Limmattal, kurz «Limmi» genannt, wird von einem Zweckverband aus elf Limmattaler Gemeinden geführt. Die vor einigen Jahren geplante Auslagerung des Managements konnte seinerzeit verhindert werden. Eine breite Koalition aus allen in den Parlamenten von Schlieren und Dietikon vertretenen Parteien bekämpfte das Projekt mit Erfolg. Nunmehr steht eine Auslagerung der Physiotherapie in eine Aktiengesellschaft bevor.

Hintergrund ist der Plan, im Limmi eine Rehabilitation anzubieten. Im Kanton Zürich stehen viel zu wenig Reha-Plätze zur Verfügung. Die PatientInnen müssen daher an ausserkantonale Rehakliniken überwiesen werden. Als Reaktion werden im ganzen Kanton neuen Reha-Angebote geplant. Die privaten Spitäler Kilchberg und Zollikerberg arbeiten mit der Reha-

linik Zurzach zusammen. Das Triemli plant auf seinem Areal ein Reha-Angebot mit 100 Betten in Zusammenarbeit mit der Klinik Valens. Das Limmi will in Zusammenarbeit mit der Rehaklinik Zurzach 35 Betten anbieten.

Nun benötigen sowohl das Akutspital wie auch die Rehaklinik eine Physiotherapie. Für die Organisation gibt es verschiedene Modelle. Teilweise bestehen im selben Spital nebeneinander zwei Physiotherapien mit unterschiedlichen Arbeitsgebern, wie es etwa das Triemli plant.

Im Limmi will man gemeinsam mit der Rehaklinik Zurzach eine Aktiengesellschaft gründen, welche dann die Physiotherapie führt. Sowohl das Limmi wie auch die in den Räumlichkeiten des Spitals tätige Rehaklinik werden die Physiotherapieleistungen bei dieser AG einkaufen.

Vor allem für die Angestellten bringt diese Auslagerung grosse Veränderungen. Statt beim öffentlich-rechtlichen Zweckverband sind sie fortan bei einer privaten AG angestellt.

Problematisch ist auch, dass die Rehaklinik Zurzach in dieser AG die Mehrheit haben wird. Dies hat zu einer gewissen Unruhe geführt. Der Spitaldirektor hat versichert, dass im Vertrag mit der Rehaklinik Zurzach festgehalten werde, dass die Anstellungsbedingungen mindestens gleich gut wie diejenigen des Spitals sein müssten. Dies muss allerdings auch längerfristig gesichert sein. Darauf werden unsere Vertreter im Zweckverband Limmi ein Auge haben müssen. Wir werden uns um das Problem kümmern.

Ernst Joss, AL-Gemeinderat Dietikon

Erfolg in Zeiten der Sparwut



Geht es nach der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat, so soll privatisiert werden, was privatisiert werden kann: Die integrierte Psychiatrie Winterthur

(ipw) und das Kantonsspital Winterthur (KSW), aber auch das Universitätsspital Zürich (UZH) sollen verselbstständigt werden. Der Kantonsrat verliert dadurch seine politische Kontrolle und kann die Oberaufsicht nicht mehr hinreichend wahrnehmen.

Im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 (verharmlost LÜ16) wurde erstmalig über den jährlichen Abbau hinaus Sparpolitik betrieben: Auf Kosten der Bildung wurden die Beiträge an die Lehrwerkstätten für Schreiner und Schreinerinnen sowie an die Bekleidungs-gestalterinnen gestrichen (letztere werden auch nicht mehr von der Bildungsdi-rektion mit Beiträgen unterstützt). Beide Ausbildungsstätten sind nun gänzlich dem Markt preisgegeben.

Auch im sozialen Bereich wurde eingespart: Vorläufig Aufgenommene mit Status F sollen in Zukunft tiefere soziale Hilfe erhalten. Neu sollen Beiträge nach

Richtlinien der Asylfürsorge und nicht mehr nach SKOS-Ansätzen ausbezahlt werden. Das bedeutet, dass den Gemein-den Geld fehlen wird für Integrations-massnahmen und das birgt die Gefahr, dass die Gemeinden in dieser Beziehung nichts mehr unternehmen werden. Die Motivation der bürgerlichen Mehrheit ist nicht sparen allein, sie will den vor-läufig Aufgenommenen mit Status F (Menschen, die aus humanitären Gründen nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können) das Leben in der Schweiz grund-sätzlich vergällen.

Die Bürgerlichen marschieren durch – wenigstens nicht immer erfolgreich: Die Kürzung der kantonalen Beiträge für die Prämienverbilligung konnte mit knapper Mehrheit aufgehalten werden. AL, SP und Grüne bilden noch keine Mehrheit im Rat, zusammen haben sie rund einen Drittel der Stimmen. Für Erfolge wie diesen brauchen wir daher immer Verbündete von bürgerlicher Seite.

Die Rechnung des Kantons schliesst mit einem Überschuss von 390 Millionen. Zürich geht es gut. Eine Forderung der AL ist deshalb, die beschlossenen Einspa-rungen im Rahmen von LÜ16 nicht weiter-zuverfolgen.

Laura Huonker, Kantonsrätin

Aus dem Gemeinderat: AL-Erfolgsnachrichten



Kurz nach Eintritt in den Gemeinderat 2014 reichten Corin Schäfli und ich eine Schriftliche Anfrage zu den denkmal-geschützten Bau-

ernhäusern am Burenweg ein, um den Bewirtschaftern, den «Kurtlis», ein lang-fristiges Verbleiben zu ermöglichen. Gleichzeitig sollte die geplante Instandstel-lung einfach und kostengünstig durchge-führt werden. In der Budgetdebatte 2015 wollten wir den Kredit dafür kürzen, er fiel dann aber gleich ganz aus dem Budget. 2016 wurde er hingegen leicht gekürzt bewilligt. Jetzt hat der Stadtrat mitgeteilt, dass unter Teilberücksichtigung unserer Wünsche ein einfacheres Projekt ausgeführt wird, den «Kurtlis» für die Umbauzeit Ersatz angebo-ten wird und sie nach Ende der Bauarbei-ten zurückkehren können. Alles in allem doch ein schöner, kleiner Erfolg.

Bereits beim Erlass der Prostitutions-Gewerbe-Verordnung (PGVO) wies die AL auf einen neuen Dschungel von Regulie-rungen hin. Auch würde durch die BZO die Salon-Prostitution in Quartieren mit einem Wohnanteil von über 50 Prozent

verboten, was eine Erleichterung für Kleinstsalon-Bewilligungen verunmögli-chen würde. Leider behielten wir recht. Niggi und Christina forderten 2014 mit einem Vorstoss die liberale Handhabung der Bewilligungspflicht für Einzelsalons und die Aufhebung des Verbots für sexge-werbliche Nutzungen in Zonen mit über 50 Prozent Wohnanteil. Der Vorstoss wurde zwar einstimmig überwiesen, vom Stadtrat aber nicht umgesetzt. Nicht zu-letzt dank der AL wurden in der BZO-Debatte 2016 sexgewerbliche Nutzungen in Kleinsalons vom Nutzungsverbot ausge-nommen.

Weiter hatte Christina mit Alan Sangi-nes (SP) eine Motion zur Streichung der Gebühr von fünf Franken eingereicht, die Sexarbeitende auf der Strasse täglich für die Benützung des Trottoirs entrichten muss-ten. Die Kosten für Apparateunterhalt und Verwaltung standen in keinem Verhältnis zu den mageren Einnahmen. Ein weiteres Postulat von AL, Grünen und SP verlangte, von nur ein oder zwei Sexarbeitenden betriebene Kleinsalons von der Bewilli-gungspflicht zu befreien. Der Gemeinderat stimmte nach einer erstaunlich unaufgereg-ten Debatte diesen Vorstössen zu.

Edi Guggenheim

AL-InhALte mit Biss:

25. Januar: AL-Coup im Zürcher Stadt-rat. Mit der Stimme des parteilosen Mario Babini schafft der AL-Antrag, den **Energieverbund Altstetten** über das städtische **ewz** zu realisieren und nicht über eine private Limmat Energie AG, die Annahme mit 63 Stimmen.

6. Februar: Erfolg im Kantonsrat. Mit Hilfe der AL-Stimmen wird eine Reduk-tion der **Prämienverbilligungen** bachab geschickt. Diese hätte vor allem junge Erwachsene betroffen.

20. Februar: Das Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird» lanciert eine Petition gegen das repressive Vorgehen der kantonalen Sicherheitsdirektion gegenüber **abgewiesenen asylsu-chenden Menschen**. Die AL stellt sich hinter das Anliegen und wird mit Frak-tionserklärungen und Vorstössen auf parlamentarischer Ebene aktiv.



20. Februar: In der Türkei steht der Co-Bürgermeister von Amed/Diyarbakir vor Gericht. AL-Gemeinderätin Ezgi Akyol reist mit einer **internationalen Beobachtungsdelegation** zum Prozess und sorgt dafür, dass das haarsträu-bende Vorgehen der Justiz auch in den hiesigen Medien publik wird.

8. März: Frauenkampftag. Die AL fordert im Gemeinderat mit einer Frak-tionserklärung gleiches Recht für alle und weist auf den **Sexismus** hin, der auch im Stadtparlament zum Alltag zählt. Die AL-Kantonsrätinnen stricken «Pussyhats». Am 18. März gehen mehr als 10'000 Menschen am «Women's March» auf die Strasse.



15. März: Die AL ergreift das **Referen-dum** gegen den **Liegenschaften-Deal** der Stadt Zürich mit der Anlagestiftung Swiss Life. Sie fordert bezahlbaren Wohnraum statt Gentrifizierung.

Respekt für Koch



In Zürich sterben Freiräume, die den Namen verdienen, aus. Das ist – wenn nicht noch eine wundersame Grund- und Boden-Revolution geschieht – so sicher wie das Schmelzen

der Polkappen. Nur Deppen spielen die Folgen von Letzterem für unseren Planeten heute noch herunter, und nur Deppen denken, eine Stadtbevölkerung könne auch ohne Freiräume. Freiräumchen gibt's zur Genüge, die Orte also, wo der/die Einzelne mal unbeobachtet in der Nase bohren darf, sich auch mal so richtig frei fühlt, sei es im Auto, im Teenager-Zimmer mit Zugangsverbotstafel, im versteckten Unterstand im Wald, in der Darkroom-Ecke – die meine ich hier aber nicht, auch nicht jene, die man sich für viel Geld kaufen kann. Freiräume, die den Namen verdienen, sind so gross und unübersehbar, dass sie das Klima einer Stadt beeinflussen, sie beatmen und befruchten. Das Koch-Areal ist der letzte grosse Freiraum in der gut 50-jährigen stolzen Zürcher Geschichte von besetzten Orten. Allesamt haben sie dem städtischen Leben gut getan. Die «UrbarmacherInnen» solcher Freiräume schaffen mit unglaublich viel Elan und aus tiefer Überzeugung durchlässige Welten, die vielen Menschen zugänglich sind. Sie zeigen, was möglich wäre ohne die allseits unangezweifelte Schwerkraft der Marktwirtschaft. Sie wählen den schwierigen Weg der Unsicherheit in einer Stadt der Absicherungen und Versicherungen. Sie orientieren sich an den komplexen Regeln des gleichberechtigten Zusammenlebens aller und hätten es verdient, als Vorbilder für ein nachhaltigeres und menschengerechteres Leben regelmässig in die Primarschulzimmer eingeladen zu werden. Sie leben das Leben, wovon Rotgrün in der Politik meistens nur palavert. Ihnen Rechtlosigkeit, mangelnden Sinn für Soziales, Faulheit und Egoismus vorzuwerfen, wie es die selbsternannten bürgerlichen Robin Hoods seit einem halben Jahr wieder häufiger tun, zeugt von kleinkrämerischer und blinder Respektlosigkeit. Danke, Koch & Co., ihr hättet in dieser Stadt Besseres verdient.

Andrea Leitner

Städtische Energiepolitik neu ordnen

Mit ewz, Energie 360° AG und ERZ Fernwärme leistet sich die Stadt Zürich den Luxus, Produktion und Verkauf von Energie und Wärme sowie die zugehörigen Dienstleistungen drei recht autonom agierenden Unternehmen zu überlassen. Es ist Zeit, den Wirrwarr städtischer Energiepolitik aufzulösen.

Am 25. Januar hat der Gemeinderat das ewz beauftragt, die Projektentwicklung für den Energieverbund Altstetten in eigener Regie durchzuführen, und dafür 5.6 Millionen Franken bewilligt. Das vom Stadtrat favorisierte Kooperationsmodell von ewz und Energie 360° AG wurde verworfen. Die von Beat Badertscher, dem Hausanwalt der Gasindustrie, für das geplante joint-venture im Handelsregister eingetragene Limmat-Energie AG ist Geschichte.

Der mutige Entscheid der Legislative drängte sich auf, nachdem der Stadtrat am 5. Oktober 2016 unterm Titel «Roadmap Koordination Energie» Regeln der Zusammenarbeit zwischen dem ewz und der Energie 360° AG, der ehemaligen städtischen Gasversorgung, verabschiedet hatte. Kernstück ist ein juristisches Gutachten. Es stellt klar, dass das ewz als Dienstabteilung der Stadt und Energie 360° AG als Unternehmen, in dem die Stadt mit 96 Prozent faktisch als Alleinaktionärin fungiert, unter der einheitlichen Leitung der Stadt stehen. Damit sind die Geisterdiskussionen vom Tisch, wonach Stadtrat Andres Türlér das Aktionärsrecht verletze, wenn er als VR-Präsident die Energie 360° AG anweise, die städtische Energiepolitik umzusetzen.

Mit der Roadmap hat der Stadtrat die Koordination Energie eingesetzt, ein Gremium, in dem Direktor ewz und CEO Energie 360° AG sowie Vorsteher, Sekretär und Leiter Rechtsdienst der Industri-

ellen Betriebe (DIB) sitzen. Das kann nur ein erster Schritt sein. Wenn die Stadt die Energiewende realisieren und die Bevölkerung auch in Zukunft mit hochwertigen und preiswerten Dienstleistungen versorgen will, müssen weitere Schritte folgen. Dringend sind folgende Massnahmen:

- Im Verwaltungsrat von Energie 360° AG sitzen heute neben dem Vorsteher DIB, zwei Mitarbeitern der Stadt und der Herausgeberin des P.S. fünf Wirtschaftsleute mit teils sehr engen Bindungen an die Gasindustrie. Der Stadtrat muss dafür sorgen, dass die Stadt die Mehrheit in diesem Gremium hat.
- Sowohl ewz wie Energie 360° bearbeiten intensiv den Markt für Energiedienstleistungen (Contracting). Im Hinblick auf die Diskussion des neuen ewz-Rahmenkredits sind die Zusammenarbeitsregeln offenzulegen und allenfalls anzupassen.
- Um das Gasgeschäft in die städtische Energiepolitik einzubetten, sollte der Stadtrat dem Gemeinderat seine Eigentümerstrategie für Energie 360° zur Beschlussfassung vorlegen.
- Die Koordination muss über die Grenzen des DIB hinaus greifen. Die Dienstabteilung ERZ Fernwärme – heute beim TED – und die Energiefachleute im GUD sind zu integrieren. Eine institutionelle Neuordnung der verschiedenen Dienstabteilungen muss Ziel sein.

Andreas Kirstein, Gemeinderat

